

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.,
 frei ins Haus, vorausbezahlt. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.- RM. für das übrige Ausland
 4,50 RM. monatlich. Ausland ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an Däne-
 mark, Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Einlagen in die
 Postbetriebs-Verträge.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die hierangegebene Normaleizeile kostet
 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 letzte Heft 20 Pf. (ausdrück-
 lich festgedruckte Worte), über weitere
 Wort 15 Pf. Einzeilen und
 Schlüsselanzeigen das erste Wort
 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Feuerungsanzeigen 20 Pf.,
 Familien-Anzeigen, politische und
 gemeinnützige Berichte + Anzeigen
 60 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben
 werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 27. Mai 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Russlands Standpunkt in der baltischen Frage.

Joffe an Kühlmann.

Wie der Berliner Korrespondent des „Neuen Wiener Journals“, Dr. Friedberg, erfährt, hat der russische Votschafter in Berlin, Joffe, am gestrigen Sonntag dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, folgende Note überreicht:

Herr Staatssekretär! Indem ich den Empfang der Note Ew. Exzellenz und der ihr beigefügten Anlagen bestätige, die die Erklärungen der Vertreter der estnischen und livländischen Ritterschaft über die Unabhängigkeit Estlands und Livlands enthalten, beehre ich mich, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß ich nicht in der Lage war, von den bei mir erschienenen drei Vertretern der estnischen und livländischen Ritterschaft das Schriftstück anzunehmen, das beanprucht, eine Unabhängigkeitserklärung Estlands und Livlands vorzustellen, da ich vermeiden mußte, daß seine Entgegennahme als eine Anerkennung einer solchen Unabhängigkeit durch die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderation Sowjet-Republik ausgelegt werden könnte. Indessen beehre ich mich, schon in meiner Note Nr. 8 vom 24. April in voller Uebereinstimmung mit dem Vertrag zwischen Rußland und Estland im Namen meiner Regierung

entschiedenen Einspruch dagegen zu erheben, daß eine Entscheidung über das Schicksal Estlands und Livlands auf irgendwelchem Wege ohne ein vorhergehendes Einvernehmen mit der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Republik angebahnt werden sollte. Daran habe ich den Hinweis geknüpft, daß meine Regierung, die jedem Volke das uneingeschränkte Recht zur freien Selbstbestimmung zuerkennt, niemals die Entscheidung

einer kleinen Gruppe von Personen als eine Willensäußerung des ganzen Volkes anerkennen würde. Das von mir in dieser Note Auseinandergesetzte kann ich jetzt nur dahin ergänzen, daß die Vertreter der estnischen und lettischen Ritterschaft, die mir das Schriftstück unterbreitet haben, durchaus nicht das Recht geltend machen konnten, im Namen des ganzen estnischen und lettischen Volkes zu sprechen, was ich im Nachstehenden mit einigen Gründen belege.

Erstens haben sogar einige Mitglieder der estnisch-livländischen Delegation, die sich nach Berlin begab, die formale Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht für berechtigt halten, im Namen ihres Volkes zu sprechen, da sie von niemand ernannt, vielmehr von den Behörden (gemeint sind die deutschen Behörden. Red. d. „Vorw.“) ernannt worden seien.

Zweitens: Aus der Gesamtzahl von 21 Gemeindeführern, die in dem am 12. April 1918 in Riga zusammengetretenen Landtag die bäuerliche Bevölkerung vertreten, haben 18 die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie nicht befugt sind, im Namen des estnischen Volkes zu sprechen, und haben fernerlich Verwahrung gegen ein solches Verfahren bei der Entscheidung über das Schicksal ihres Landes eingelegt.

Drittens: Tausende von Bürgern haben in livländischen und estländischen Bezirken von Estland und Livland offen Einspruch gegen die künstliche und erzwungene Lösung dieser Gebiete von Rußland erhoben.

Daher kann das mir von Ew. Exzellenz überhandte Schriftstück nur als Willensäußerung eines kleinen Teils der Bevölkerung von Estland und Livland, und zwar höchstens der Obereliten der Ritterschaft, angesehen werden.

Unter voller Wahrung des im Vorstehenden dargelegten Standpunktes übernehme ich das mir von Ew. Exzellenz überhandte Schriftstück meiner Regierung in Moskau. Ich beantrage diesen Akt, um Ew. Exzellenz den Ausdruck meiner vollkommenen Hochachtung zu erweisen.

J. Joffe.
 Ueber den sachlichen Standpunkt, den der russische Votschafter einnimmt, läßt sich natürlich streiten. Man kann gegen seine Gründe Gegenargumente geltend machen und kann behaupten, daß der Baron v. Dellingshausen den wahren Willen der Esten und Letten ausgedrückt habe. Aber darauf kommt es nicht an, sondern vielmehr darauf, wem das Entscheidungswort zusteht in der Frage, ob die livländische Deputation als Vertreterin des wirklichen Volkswillens anzuerkennen sei oder nicht. Die Antwort gibt klar und bündig der Friedensvertrag von Brest-Litowsk, der die Oberhoheit Rußlands über Estland und Livland anerkennt. Das Entscheidungswort darüber, in welcher Form Estland und Livland ihr Selbstbestimmungsrecht geltend machen können, steht danach Rußland zu, und wenn die russische Regierung der Meinung ist, durch die Grundgebung der Deputation sei der Loslösungswille des Volkes nicht zum Ausdruck gekommen, so wird man sich damit befassen müssen.

Kleinere Unternehmungen im Westen.

Berlin, 26. Mai 1918, abends. Amtlich.
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Mai 1918. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Rieuport-Kanal und beiderseits von Digne nahmen wir bei kleineren Unternehmungen mehr als 70 Belgier gefangen.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten der Kampffronten lebhafter. Nach Einbruch der Dunkelheit trat im Kemmegebiet, südlich von der Somme, zwischen Moreuil und Montdidier zeitweilig erhebliche Feuersteigerung ein.

Bei Bucquoy schritten mehrfach englische Vorposten. Auch in den übrigen Abschnitten dauerte rege Erkundungstätigkeit des Feindes an. Hierbei wurden westlich von Montdidier Amerikaner, im Silette-Grunde Franzosen und auf dem Südufer der Aisne nordöstlich von La Neuville Engländer gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 26. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:
 Außer einigen durch Artilleriefeuer unterstützten Erkundungsversuchen der Italiener im Tonale-Kloßquitt keine besonderen Ereignisse. Der Chef des Generalstabes.

Welche Kräfte am Werke sind, um die deutsche Regierung zum offenkundigen Bruch des Friedensvertrages zu verleiten, geht u. a. aus einem Artikel des „Berl. Lokalanzeigers“ hervor, in dem unter heftiger Polemik gegen den „Vorwärts“ ausgeführt wird:

Das entscheidende Gesetz über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Rußland am 8. November 1917 proklamiert, und das als Sonderrecht für seine Nachbarstaaten zu gelten hat, führt eine Anzahl von Richtlinien auf, die der Rat der Volkskommissare für seine Tätigkeit in der Nationalitätenfrage festgesetzt hat. Von diesen lautet Punkt 2 einfach und klar: „Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands mit Einschluß des Rechtes der Loslösung und der Begründung eines unabhängigen Staates.“ Dieses Recht ist durch keinerlei Bedingung eingeschränkt, und es wäre ein juristisches Übel, nun nachträglich Bedingungen für die Loslösung zu konstruieren. Ja, selbst einer Zustimmung russischerseits bedarf es nicht einmal. Denn, wie hier schon früher ausgeführt wurde, was wäre das wohl für ein „Recht“, dessen Wahrnehmung von einem Dritten beliebig gutgeheißen oder auch bestritten werden könnte?

Im Falle Livland und Estland ist von diesem Recht ordnungsgemäß und in aller Form Gebrauch gemacht worden. Die Loslösung ist rechtmäßig „vollzogen“, und es steht uns in Deutschland wohl am wenigsten an, diese unbestreitbare Tatsache aus gänzlich unerfindlichen Gründen in Frage zu stellen.

Die deutsche Politik würde sich vor aller Welt beschämen, wenn sie von solchen Winkeladvokatenkniffen Gebrauch machen wollte. Was Rußland am 8. November 1917 proklamiert hat, ist eine innere Angelegenheit Rußlands, die uns nichts angeht, und außerdem ist es geradezu toll zu behaupten, das revolutionäre Rußland habe der deutschen Regierung und den 5 Prozent baltischen Deutschen ein Verfügungsrecht über Estland und Livland eingeräumt. Gleichviel, die russische Proklamation geht uns gar nichts an, desto mehr geht uns aber der Friedensvertrag an, den wir mit Rußland geschlossen haben und der die Oberhoheit Rußlands über Estland und Livland anerkennt. Wenn heute der Plan propagiert wird, den eben erst geschlossenen Friedensvertrag zu brechen, so werden wir uns nicht hindern lassen, einen solchen Verstoß gegen Treu und Glauben im Völkerrecht als das zu konstatieren, was er ist, nämlich als etwas, was das deutsche Volk um seine Ehre und Würde willen ablehnen muß.

Mietssteigerungen und Mieterschutz.

Von Paul Sisch.

Die Mietssteigerungen, unter denen heute ein großer Teil der Bevölkerung zu leiden hat, sind nur unmittelbar eine Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich durch den Krieg entwickelt haben. Auch im Frieden sind Mietssteigerungen zu bestimmten Zeiten an der Tagesordnung. Jedesmal, wenn infolge des Wohnungsmangels die Nachfrage das Angebot übersteigt, greifen die Hausbesitzer in Ausnutzung der Konjunktur zu diesen Mitteln, und die Mieter müssen, ob sie wollen oder nicht, darin willigen, denn eine billigere Wohnung finden sie nur selten, und wenn sie wohnen bleiben, sparen sie wenigstens die Kosten des Umzugs.

Diese Zustände sind begründet in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die dem privaten Kapital die Spekulation in Grund und Boden ermöglicht und das Bauen von Häusern und das Vermieten von Wohnungen zum Geschäft gemacht hat. Daß es auch schlechte Zeiten für die Hausbesitzer gibt, spricht nicht gegen, sondern für diese Theorie, denn wie jeder andere Kaufmann, so ist natürlich auch der, der in Grund und Boden handelt oder das Vermieten von Wohnungen als Geschäft betreibt, den Schwankungen der Konjunktur unterworfen.

Zu Beginn des Krieges befand sich der Hausbesitz, namentlich der großstädtische, zweifellos in einer schlechten Lage. Zahlreiche Inhaber großer Wohnungen, die zu den Fahnen einberufen oder in ihrer Existenz geschwächt wurden, konnten die hohen Mieten nicht erschwingen, die Vermieter mußten, wenn sie die Wohnungen nicht leer stehen lassen wollten, in erhebliche Mietnachlässe willigen. Ganz besonders hart wurden die Besitzer von Häusern mit vielen Läden, Gastwirtschaften oder Pensionen betroffen. Dagegen waren die Ausfälle an Mieten für kleine Wohnungen dank den an Kriegervfamilien oder auch an Arbeitslose seitens der Gemeinden gewährten Mietsbeihilfen verhältnismäßig gering.

Hierzu kam noch ein anderes für die Hausbesitzer ungünstiges Moment. Die Kriegsnotgesetze erschwerten wohl für den Vermieter die Einziehung rückständiger Mietzinsen und die Ermittlung zum Zweck anderweitiger Verwertung der vermieteten Räumlichkeiten, nicht aber in gleichem Maße die Zwangsversteigerung im Falle der Nichtzahlung der Hypothekenzinsen oder der Nichteinschlung fälliger Hypotheken. Dieselben Hausbesitzer, die sich zu Mietnachlässen bequemen mußten, waren gezwungen, für die Verlängerung ihrer Hypotheken hohe Provisionen zu zahlen oder dem Hypothekengläubiger einen höheren Zinssatz zu gewähren. Die ganze Rücksichtnahme der Gesetzgebung auf das Hypothekenskapital hat zum Zusammenbruch mancher Hausbesitzer geführt. Umgekehrt ist der Ruin anderer Hausbesitzer freilich auch durch das Eingreifen der Einigungsämter, durch die Mietsdarlehnsbanken, die Vorkaufsklassen für Hypotheken und ähnliche gemeindliche Einrichtungen hintangehalten worden.

Je länger der Krieg dauert, desto mehr haben sich nun die Verhältnisse zugunsten des Hausbestandes geändert. Das Ruhen der privaten Bautätigkeit, die Abwanderung ihres Ernährers beraubter Familien von großen in mittlere oder von mittleren in kleine Wohnungen, die Gründung eigener Haushaltungen hat die Nachfrage nach Wohnungen gesteigert. Aber auch die großen Wohnungen stehen nicht mehr in dem Maße leer, die Kriegsgewinnler, bei denen das Geld keine Rolle spielt, zahlen dafür jeden Preis. Kurz und gut, für den Hausbesitz ist die Konjunktur gut, um so mehr, da die gesteigerten und gefälligten Mieter bei dem Mangel an Arbeitskräften und den ungeheuren Kosten gar nicht die Möglichkeit haben, einen Umzug zu bewerkstelligen. Gewiß sind auch die Unkosten des Hausbestandes gestiegen, aber die Mietssteigerungen, die sie vielfach vornehmen, sind ganz unverhältnismäßig höher.

So mußte sich denn die Gesetzgebung wohl oder übel zu einem gewissen Mieterschutz aufraffen. Die Grundlage hierfür bildet die Bekanntmachung zum Schutz der Mieter vom 26. Juli 1917, die der Bundesrat auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat und durch die die Landeszentralbehörden das Recht erhalten haben, die Einigungsämter zu ermächtigen,

1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen,
2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von

einer Entscheidung gemäß Nr. 1 Betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben.

Die Entscheidungen des Einigungsamtes, das paritätisch zusammengesetzt sein muß, sind unanfechtbar. Solange im Bezirk einer Gemeinde weder einem Einigungsamt noch einer anderen Stelle diese Befugnisse übertragen sind, findet auf Grund einer späteren Bekanntmachung vom 15. September 1917 die Amtsgerichte für derartige Entscheidungen zuständig.

So sehr die Bekanntmachungen des Bundesrates zu begrüßen sind und so segensreich die Einigungsämter wirken können, wenn sie die Interessen beider Parteien gerecht abwägen, so bildet die Verordnung doch nur einen Notbehelf, und ob sie die Zeit des Krieges oder der Ubergangswirtschaft überdauern wird, ist zum mindesten fraglich. Und gerade dann, wenn die Millionen von Kriegern heimkehren, ist es besonders nötig, sie der Gefahr einer Mietssteigerung oder gar einer Expropriation zu überheben. Hiergegen gibt es nur einen Schutz: Die Bereitstellung einer genügenden Anzahl preiswerter Wohnungen. Groß sind die Schwierigkeiten, die der Wohnungsbau zurzeit entgegensteht, aber sie müssen und sie können überwunden werden, wenn das Reich hierfür auch nur einen geringen Teil der Lasten an den Tag legt, den es der Kriegführung gegenüber an den Tag gelegt hat. Die Beschlüsse des Reichstags geben beherzigenswerte Anregungen und das neue preussische Wohnungsgesetz nebst dem Bürgerlichkeitsgesetz deutet den Weg an, der gegangen werden muß.

Darüber hinaus aber müssen wir Sozialdemokraten hinarbeiten auf die Erreichung unseres Ziels: Ueberführung des Grund und Bodens in den Besitz der Allgemeinheit und Wohnungsbau durch die Gemeinden. Das ist der einzige und wirkliche Schutz gegen Mietssteigerungen und zugleich das einzige Mittel zur Beseitigung des Wohnungsleids.

Die polnische Frage vor der Entscheidung.

Neue Verhandlungen in Berlin.

Wien, 26. Mai. (Meldung des Wiener A. N. Telegr. Korresp.-Bureaus.) Die „Polnischen Nachrichten“ melden: Auf Einladung des Grafen Burian fand heute nachmittags eine Konferenz des Ministers des Aeußern mit dem Präsidium des Polenklubs statt. Wie den „Polnischen Nachrichten“ vom führender polnischer Seite mitgeteilt wird, erklärte Graf Burian, daß während der letzten Besprechung im Großen deutschen Hauptquartier die polnische Frage in keiner Weise entschieden wurde und daher als offenes Feld zu betrachten sei. Graf Burian versicherte dem Präsidium, daß er wärmste Sympathien dafür hege, die polnische Frage einer günstigen Lösung entgegenzuführen. Der Außenminister teilte schließlich mit, daß er sich schon in den aller nächsten Tagen nach Berlin begeben werde, wo die polnische Frage zur Erörterung gelangen werde, und ersuchte das Präsidium dahin zu wirken, daß das polnische Volk und dessen parlamentarische Vertretung die Ergebnisse der Verhandlungen, die vielleicht in einer nicht allzu langen Zeit vorliegen würden, geduldig abwarten.

Sich möglichst unbestimmt und im Grunde nichts sagend ausdrücken, ist ein schlechtes Erdreich für das Pflanzenleben. Graf Burian, der die Forderungen der Polen, die ihr Schicksal mitbestimmen wollen, kennt, wird also die Wirkung seines Wunsches nicht eben hoch einschätzen.

Deutscher Unterseekreuzer versenkt.

London, 26. Mai. Die Admiralität teilt mit: Eines unserer atlantischen U-Boote berichtet nach der Rückkehr in seinen Stützpunkt: Am 11. Mai sichtete es auf der Höhe von Cap St. Vincent, während es auf einen Geleitzug wartete, ein deutsches Unterseeboot vom sogenannten Kreuzer-Typ und versenkte es. Da zur Zeit schwerer Seegang war, gab es keine Ueberlebenden. Kurz darauf wurde ein anderes deutsches Unterseeboot gesichtet, aber da es eilends

Das Ende einer deutschen Greuelthat.

Wir dürfen annehmen, daß bis Friedensschluss so ziemlich alle deutschen Greuelthaten richtiggestellt sein werden. Noch ist der Sinn für Gerechtigkeit also nicht ganz im Ententelager untergegangen. Ein Grund mehr, an der endlichen Verständigung der Völker nicht zu verzweifeln.

Als Bahnbrecher wirkte der auch bei uns geschätzte Anatole France, indem er nachwies, wie manche Klüftlinge systematisch angehalten werden, sich mit immer neuen Erzählungen von deutschen Greuelthaten in der Kunst der ihnen Parnerzigkeit erweckenden neuen Umgebung festzusetzen und das Mitleid mit ihnen wahrzunehmen. Im Grunde haben sie nichts erlebt, die Deutschen überhaupt nicht zu Gesicht bekommen, aber damit läßt sich natürlich das Herz eines französischen Bürgers nicht erweichen. Erst wenn weidlich auf die unmenslichen und rohen Boches geschimpft werden kann, öffnen sich die Portemonnaies. Nun liefert der „L'Œuvre“ (vom 19. d. M.) einen neuen Beleg für die Glaubwürdigkeit, die den endlich erhärteten deutschen Greuelthaten beigemessen ist. Im Phare de Nantes holte sich ein mit vollem Namen hervortretender französischer Deputierter dafür verbürgt, daß ein deutscher Stabsarzt eine Honorierung für geburtsbürgerliche Hilfe bei einer französischen Dame mit den Worten abgelehnt hatte:

„Ich habe mich schon selbst begabt gemacht. Ihr Sohn, Madame, wird kein Soldat werden! Ich habe dafür gesorgt, daß er blind zur Welt kommt.“

Das hatte einen Enttäuschungscharakter in der französischen Presse ausgelöst, die nicht verfehlt hatte, die Schauererzählung zu Propagandazwecken auszuschlachten. Leider hat sich nachträglich herausgestellt, daß dieselbe Geschichte mit ganz den gleichen Worten bereits in dem Roman: Französische Herzen, englische Bewissen! von M. J. Hénouard erzählt ist, und der Autor hat nicht im Mindesten können, daß er den Vorfall frei erfunden habe. Die Franzosen aber stehen zum erstenmal starr, daß einer ihrer Parlamentarier es beschwören konnte, das blinde Kind, die unglückliche Mutter und das Konfuzium von einem Arzt zu kennen, die nirgends anders als in der Phantasie eines unbekannteren Dichters bestanden haben. Sie wissen noch nicht, wie viele Meineide auf deutsche Greuelthaten geschworen wurden.

Vogelsprache.

Ich lag im Grafe. Mir zu Häupten heben sich grünblanke Halme mit lantigem Rippengeäst und langen, schmalen Blättern. Ein paar Blumen lugen mit blauen Augen aus dem grünen Meer. Halber gaukelten in der flimmernden Luft. Dienen summt. Und aus dem Geäst, in dessen Schotten ich ruhte, zwitscherten helle Vogelstimmen.

Da war es mir mit einemmal, als wüchse eine neue Welt um mich. Argwöhnisch sah ich die gestirnten Käferaugen auf mich ge-

richtete. Entging es dem Schicksal seines Gefährten. Angesichts der Tatsache, daß es der erste Unterseekreuzer ist, der zerstört worden ist, wurde beschlossen, von der üblichen Regel, die Zerstörung einzelner feindlicher Unterseeboote nicht zu melden, abzugehen.

Zusatz des W. T. B.: Da über eines unserer westlich Gibraltar operierenden U-Boote seit längerer Zeit keine Nachrichten vorliegen, muß mit seinem Verlust auf die englischerseits gemeldete Weise gerechnet werden.

London, 26. Mai. „Morning Post“ erzählt aus Madrid vom 24. Mai, daß seit Beginn des U-Boot-Krieges 79 spanische Schiffe zu 160 000 Tonnen torpediert worden seien. 52 Spanier seien dabei umgekommen.

Die Verhaftungen in Irland.

Erklärung der englischen Regierung.

London, 26. Mai. (Reuter.) Ueber die Verhaftungen in Irland wird folgende amtliche Erklärung veröffentlicht. Die Geschichte einer aktiven Verbindung zwischen den Führern der Sinnfeiner und den Deutschen beginnt schon am 6. November 1914, als Zimmermann durch Bernstorff eine Botschaft Casements übermittelte, mit der Bitte, daß ein Boot, wenn möglich ein Amerikaner von Geburt, nach Irland geschickt würde, mit der Nachricht, daß alles günstig lände und daß irische Priester nach Deutschland gehen sollten, um in den Gefangenenlagern zu arbeiten und die irischen Kriegsgefangenen zu demoralisieren. Ende Februar 1916 hängte Bernstorff einer Meldung für Berlin, die die amerikanische Regierung passieren ließ, heimlich einen Zusatz an, der den Osterfesttag für den Aufstand in Irland bestimmte und die Lieferung von Munition anempfahl. Am 18. und 19. April wurden von Amerika nach Berlin Botschaften gesandt, die die Lieferung von Waffen auf den Abend des Osterfesttags festsetzten und dringende die Landung deutscher Truppen, einen Luftangriff auf England und einen Seeangriff auf die englische Küste verlangten. Diese Angriffe fanden tatsächlich zwischen dem 24. und 26. April statt. Die irische Rebellion brach einen Tag später als abgemacht aus, nämlich am Ostermontag, dem 24. April, aber die deutsche Unterstützung versagte und die Rebellion scheiterte vollständig.

Nach der Erhebung wurde es deutlich, daß die Führer der Sinnfeiner Deutschland von neuem um Hilfe baten. Am 8. September 1916 legte Graf Bernstorff einer Depesche nach Berlin ein Memorandum des in Amerika residierenden Leiters der irischen Revolution bei, das detaillierte Vorschläge für eine neue Erhebung enthielt. Diese müßte auf die Landung einer deutschen Expedition erfolgen, die über genügende militärische Streitkräfte verfügt, um eine Landung zu decken. Die deutsche Regierung sollte den Zeitpunkt bestimmen, und sollte den Vorteil daraus ziehen, im Westen von Irland Zeppelinstützpunkte zu gewinnen.

Nach Amerikas Eintritt in den Krieg am 4. April 1917 wurde die Verbindung zwischen der deutschen Regierung und den Führern der Sinnfeiner zeitweise abgebrochen. Man fand einen Schlüssel zu einem neuen Verbindungswege und konnte verfolgen, was weiter geschah. Um im April 1918 wurde ein Plan, Waffen in Irland zu landen, bestimmt festgestellt. Der Plan war zur Ausführung zeit und die Deutschen warteten nur auf bestimmte Nachrichten aus Irland über Zeit und Ort. Die britischen Behörden waren in der Lage, den Oberbefehlshaber in Irland von der wahrscheinlichen Landung eines Agenten aus Deutschland durch ein U-Boot zu benachrichtigen. Der Agent landete tatsächlich am 12. April und wurde verhaftet. Die neue Erhebung hing hauptsächlich davon ab, daß U-Boote Munition landeten, und es läßt sich erweisen, daß sie dem Plane nach auf die deutsche Offensive im Westen folgen sollte, wenn England voraussichtlich von Truppen entblößt wäre.

De Valera hatte nach Dokumenten, die man bei ihm gefunden hat, die Bildung einer Rebellionsarmee sehr

aussführlich ausgearbeitet und hoffte über eine halbe Million ausgebildeter Mannschaften zu verfügen. Man sieht, daß Verhandlungen zwischen der Sinnfeiner und Deutschland tatsächlich 3 1/2 Jahre fortgesetzt worden sind. Die zweite irische Erhebung war für das vorige Jahr geplant und scheiterte nur daran, daß Deutschland keine Truppen senden konnte. Pläne für eine neue Erhebung in diesem Jahre, in Verbindung mit der deutschen Offensive an der Westfront, waren im Reife, und ein neuer Waffentransport aus Deutschland stand bevor. Ein wichtiger Zug aller Pläne war die Errichtung einer U-Bootsbasis in Irland, um die Schifffahrt aller Nationen zu bedrohen. Unter diesen Umständen blieb der englischen Regierung nichts übrig, wenn sie unnützes Blutvergießen vermeiden und die Pflicht gegenüber den Verbündeten erfüllen sollte, als die Urheber und Helfershelfer dieser verwerflichen Intrige zu internieren.

Bern, 26. Mai. Der New Yorker Berichterstatter der „Daily News“ meldet, daß den letzten irischen Ereignissen in Amerika bedeutende Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Appell der Freunde der irischen Freiheit an den Präsidenten Wilson, der in einwandfrei lokaler Form unter Betonung der Verdienste der Irländer um die Vereinigten Staaten die Intervention Wilsons erbat, sei noch nicht überreicht worden, aber der Eindruck der Maßnahme auf die Kongressmitglieder mache sich schon jetzt fühlbar. Das Weiße Haus verfolge die Lage höchst aufmerksam, werde aber eine demonstrative Werbemäßigkeit gegen England nicht dulden.

Der Rüstungseifer in Amerika.

Rotterdam, 26. Mai. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge erzählt „Daily Telegraph“ aus Washington, daß Senator McLean einen Vorschlag eingebracht habe, die Dienstaltersgrenze von 31 auf 45 Jahre zu erhöhen.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt über die amerikanische Heeresvermehrung: Bevor die drei Millionen Mann amerikanischer Truppen in Frankreich sein werden, werden noch einige Jahre vergehen. Man hat gesehen, wie lange England dazu gebraucht hat, um eine ungefähre ebenbürtige Anzahl über See zu bringen, und wenn die Truppen dann auch endlich dort stehen, dann muß man erst mit ihnen sigen, denn daß das Ausreiten und Besetzen von Truppen noch nicht dasselbe ist wie Sieg, das hat man an dem Beispiel Englands gesehen, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß die Schwierigkeiten im Verhältnis zu dem Abstand, den die amerikanischen Truppen auf dem Meer zurückzulegen haben, wachsen. Die Amerikaner gelten als Menschen der Welt, und man ist infolgedessen nicht geneigt, ohne weiteres zu glauben, was Amerika ankündigt. Es ist aber sicher ebenso gefährlich, jetzt die militärische Anspannung Amerikas zu unterschätzen, wie es sich als gefährlich erwiesen hat, England zu unterschätzen. Jedoch Amerika beginnt jetzt erst, und es wird noch lange dauern, bis es seine Kraft entwickelt hat.

Ein mexikanischer Zwischenfall.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba.

Amsterdam, 26. Mai. Aus Mexiko City meldet Reuter: Das Ministerium des Auswärtigen bestätigt, daß Mexiko die diplomatischen Beziehungen mit Kuba abgebrochen hat. Der mexikanische Geschäftsträger in Havanna und der hiesige kubanische Gesandte sind zurückberufen worden. Aus New York wird dazu gemeldet: Der Grund für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Mexiko und Kuba ist noch nicht vollkommen aufgeklärt. Die Schwierigkeiten scheinen durch das Verschwinden des Gepäcks von Zabela, des mexikanischen Gesandten in Argentinien, auf dem Dampfer entstanden zu sein, mit dem er nach Südamerika reiste. Das Gepäck wurde aufgefunden und nach einigen Tagen dem Eigentümer zurückgegeben.

richtet. Und die Stimme der Vögel erschien mir nicht mehr unverständlich. Ich lag und lauschte und es war mir, als ob der Sommertag Wunder über Wunder über mich ausstrahlte.

Nach oben in meinem Busch sah ich ein Buchfink das große Wort. Seine Witter, ganz gewöhnliche Finken, machten die Zuhörer; auch ein paar Meisen, Spatzen und Rotkehlchen waren darunter. „Na, ein gesegnetes Jahr! Es ist viel angebannt worden. Das Vogelvolk, soweit es die Körner liebt, kann diesmal aus dem Vollen leben!“

„Nüchtern waren die Menschen, das muß man ihnen lassen!“

„Das macht der Krieg!“

„Da sieht jeder, wo er bleibt,“ plusterte sich ein alter Strauß auf.

„Aber, wenn der Frieden kommt!“ . . . spielte eine zierliche Reise drein.

„Der Frieden“ . . . mehrere hatten es zugleich herausgerotzt.

„Der ist wie ein schriller Schrei Klang.“

„Der ist noch weit!“ beruhigte der Buchfink.

„Der ist noch weit!“ ohoten die andern. Wie ein Lachen Klang das diesmal in meinen Ohren. Ein Kerger stieg mir auf über diese nasehohe Vogelgesellschaft. Und in diesem Kerger bewegte ich mich ein wenig. Das aber bemerkte die Bande im Busch. Sie wurde stutzig, redte die Flügel, wippte ein wenig auf den schlanken Stützen und hob auf in gerullender Wolke zwitschernd-scheltend, als ob sie mich verhöhnen wollten: „Der Frieden ist weit! Der Frieden ist weit!“

Das war das letzte, was ich von ihrem Geschelle verstand. Ich rieb mir die Augen. Kein, ich hatte nicht geschlafen. Der gelbe Mittag brodelte flirrend um mich her. Von fern rief ein Wäldlein. Die Mütter standen reglos und grünblau. Und ganz hinten zogen den Feldweg entlang ein paar Feldgrauen mit Helm und Tornister. Ihr Urlaub schien zu Ende zu sein . . .

Von Rasmussens Grönlandsforschungsreise.

Wie aus Stockholm berichtet wird, ist soeben eine telegraphische Mitteilung Rasmussens eingelaufen, die kurze Angaben über den Tod Dr. Wilffs und Olfens sowie einiges über die wissenschaftlichen Ergebnisse der Forschungsreise enthält. Sie ist am 20. Mai in Etah ausgegeben und lautet folgendermaßen: „Die Forschungsreise hat ihre Aufgaben gelöst, aber Wilff und Hendrik Olfen sind verstorben. Wir erreichten Eberard am Osbornesford am 17. Mai 1917. Im Mai, Juni und Juli nahmen wir alle großen Fjorde entlang der Nordküste Grönlands kartographisch auf. Der fernste Punkt, den wir erreichten, lag im Norden von De Longs Fjord. Das Vorwärtkommen war sehr schwer. Es gab kein Wild; es war fast unmöglich, mit den Schlitten vorwärtszukommen, soviel Schnee fiel im Mai und Juni, während im Juli und August das Eis unter Wasser stand. Hendrik Olfen kam am 21. Juli bei der Jagd in der Nähe von Dragon Point um. Die Rückfahrt über das Inlandeis begann am 3. August vom Georgesford aus, nachdem wir uns unter sehr schwierigen Umständen drei Wochen lang in unserem Lager aufgehalten hatten. Die Nachforschungen nach Hendrik Olfen verlängerten den Aufenthalt unglücklicherweise. Am 24. August erreichten wir das Land bei Kap Agassiz, 236 Kilometer

nördlich von Etah, in sehr mitgenommenem Zustande und ohne Vorräte; unsere letzten Hunde hatten wir aufgefressen. Njago und ich begaben uns nach Süden, um Hilfschlitten zu holen, und waren Ende August in Etah, von wo wir sogleich Hilfschlitten mit Vorräten abschickten. Diese erreichten unsere Kameraden am 24. September, leider zu spät, um Dr. Wolff zu retten, der außerstande gewesen war, die letzten Anstrengungen zu ertragen und ihnen insgesam erliegen war. Die Hilfschlitten brachten noch und die zwei Eskimos am 10. Oktober nach Etah. Bedeutende wissenschaftliche Ergebnisse sind erreicht. Wir sind im Besitze großer botanischer und geologischer Sammlungen. Es findet sich nicht die geringste Spur einer Auswanderung von Eskimos nach der Ostküste entlang Grönlands Nordküste. Noch, Njago und seine Frau sind hier bei mir. Knud Rasmussen.“

Die Zukunft des deutschen Theaters.

Aus Brüssel wird geschrieben: Etwas von jener Theaterkulturbewegung, von der das wenig künstlerische Theater der Belgier mit seiner Unrast für sich noch seinen Hauch verpirt hat, die aber in mannigfach sich verändernden Wesen jetzt durch Deutschland getragen wird, wurde durch einen Vortrag des nun entthronten Theaterdirektors Max Martersteig hier lebendig. Das Bild eines feinsinnigen, von den höchsten Kunstidealen erfüllten Theatermannes, das seine Weltkenntnis hinterläßt, fand damit eine vollwertige Bestätigung. Hauptächlich machte Martersteig gegen die sich seit Einführung der Gewerbesteuer im Theater immer mehr ausprägende geschäftliche Ausbeutung und Herabwürdigung der deutschen Bühne Front. Erst wenn der Theaterleiter von Staats- oder Gemeinde wegen wirtschaftlich unabhängig gemacht, wenn mit Hilfe des Reichstheatergesetzes das ungeliebte Spekulatentum aus dem Theater entfernt wird, kann in Deutschland die Kunst wieder aufblühen. Und das war die offensbare Tendenz des Vortrags: Die wirtschaftliche Theaterreform auf einen der wichtigsten Programmpunkte einer beginnenden Friedenswirtschaft bilden. Es geht nicht an, daß von dem Grobtreinemachen, das wir jetzt in der Welt erleben, eine so tief in das Volksleben einschneidende Einrichtung wie das Theater ausgeschlossen bleibt. Die steigende Wärme, mit der Martersteig seine Sache vertritt, gewann ihm allgemeine Sympathien und er durfte mit dem Gefühl scheiden, auch auf heimatkernem Boden nicht vergeblich um Helfer und Mitstreiter in dem schweren Kampfe, dem er sein Leben gewidmet hat, geworben zu haben.

Notizen.

— Die Luftpost in der Sahara. In der französischen Sahara wurde jetzt, wie der „Figaro“ berichtet, ein Luftpostverkehr eingerichtet. Das Netz teilt mit, daß es den ersten auf diese Weise beförderten Brief erhalten habe. Von In-Salah, das ungefähr in der Mitte des Beens zwischen der Mittelmeerküste und dem Niger liegt, wurde der Brief bis nach Biskra im Flugzeug befördert, von dort ging er auf dem gewöhnlichen Wege nach Paris weiter. Bisher dauerte der Kurierverkehr von In-Salah nach Biskra 13 Tage. Die Luftpost braucht drei Tage.

Der Storchingpräsident Karl Berner ist heute nachmittag im Alter von 76 Jahren gestorben. Berner war auch Mitglied des Reichstages.

Ein italienisches Verpflegungsministerium. Rom, 24. Mai. (Stefani.) Es werden Dekrete vom 22. Mai veröffentlicht, betr. die Schaffung eines Ministeriums für Verpflegung und Ernährung. Zum Minister wird der Abgeordnete Crepi ernannt und zum Unterstaatssekretär der Abgeordnete Nunziante.

Aufnahme des Postverkehrs mit Rußland. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Die Verhandlungen mit Rußland über den wieder aufzunehmenden Postverkehr stehen unmitttelbar vor dem Abschluß und es ist, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin berichtet, damit zu rechnen, daß der Verkehr für gewöhnliche und ein- geschriebene Briefe im allgemeinen Postverkehr und für die Gefangenen-Briefpost demnächst mit Rußland wird beginnen können.

Zur Neuwahl des Reichstagspräsidenten.

Wenn der Reichstag am 4. Juni wieder zusammentritt, wird es seine erste Aufgabe sein, sich einen neuen Präsidenten zu geben.

Mit dem Tode Kaempfs bricht die künstliche Konstruktion des fortschrittlich-nationalliberalen Reichstagspräsidentiums zusammen, und ein Umbau wird notwendig. Man erinnere sich nur der verwickelten Verhältnisse, die zur Wahl des Präsidiums Kaempfs-Baasche-Dobe geführt haben.

Im Jahre 1912 war die Sozialdemokratie mit 110 Mann als stärkste Fraktion in den Reichstag eingezogen. Sie konnte den Anspruch erheben, den Präsidenten zu stellen, verzichtete jedoch aus taktischen Gründen zunächst darauf und erklärte sich mit einem Vizepräsidenten zufrieden geben zu wollen. Es kam dann mit den anderen Parteien zu Verhandlungen über h ö f i s c h e Verpflichtungen, eine besonders große Rolle spielte dabei der damals soeben zum bayerischen Ministerpräsidenten ernannte Zentrumsvorsitzende Freiherr von Hertling, der sich als besonders scharfer Examinator erwies. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, ging die Sozialdemokratie auf eigene Faust vor und stellte die Kandidatur Bebel's als Präsidenten, die Scheidemann's als ersten Vizepräsidenten auf. Bei der Wahl am 9. Februar 1912 wurde dann Spahn (Z.) mit 196 Stimmen zum Präsidenten gewählt gegen Bebel, der 175 Stimmen erhielt. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten siegte Scheidemann über den konservativen Dietrich mit 188 gegen 174 Stimmen, und zum zweiten Vizepräsidenten wurde dann Baasche gewählt.

Sofort setzte eine wütende reaktionäre Sehe ein gegen eine Beteiligung der Sozialdemokratie am Präsidium. Am 12. Februar legte Spahn das Präsidium nieder, zwei Tage darauf folgte Baasche, Scheidemann leitete nun als allein übriggebliebener Präsident die Neuwahlen, wobei dann Kaempfs zum Präsidenten, Dove zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurde. Der Reichstag hatte nun schon sein zweites Präsidium: nach dem Präsidium Spahn, Scheidemann, Baasche das Präsidium Kaempfs, Scheidemann, Dove. Als dann am 8. März die geschäftsordnungsmäßig notwendige Neuwahl stattfand, wurden Kaempfs und Dove wiedergewählt, während Scheidemann gegen Baasche mit 155 gegen 197 Stimmen unterlag. Die Nationalliberalen waren umgefallen. Nun hatte endlich das Präsidium die Gestalt bekommen, in der es sechs Jahre lang verblieb: Kaempfs, Baasche, Dove.

Es war eine Anomalie, daß alle drei Präsidenten aus zwei einander verwandten politischen Gruppen gewählt wurden, die zusammen noch keine 100 Abgeordnete zählen, daß die äußerste Linke, das Zentrum und die Rechte gänzlich ausgeschlossen blieben. Zum mindesten sind die beiden stärksten Fraktionen, Sozialdemokratie und Zentrum, berechtigt, Ansprüche auf Beteiligung an der Vertung der Reichstagsgeschäfte zu erheben. Ob sie das tun werden, steht dahin. Der Sozialdemokratie wenigstens kommt es auf keinen Fall darauf an, irgendwelchen fraktionellen Ehrgeiz zu befriedigen. Daß der Reichstag jetzt ein starkes, seiner Würde bewußtes Präsidium bekommt, das ist ihr die Hauptsache.

Die Neuwahl in Berlin I.

Berlin I ist alter liberaler Besitz, es hat seit 1867 seine Farbe nicht gemehelt. Sein erster Vertreter im Norddeutschen Reichstag war der Nationalliberale Lasser, der jedoch schon bei der nächsten Wahl im selben Jahre vom Fortschrittler Hagen abgelöst wurde. Diesem folgte 1877 der Gewerkschaftler Hirsch, 1878 der jüngst verlebte Prof. Hänel. Später haben Ludwig Löwe, Albert Traeger und der Volkswirtschaftler Dr. Reher das Mandat bekleidet, bis 1893 der Stadtverordnetenvertreter Dr. Rengerhand an die Reihe kam, Kaempfs unmittelbarer Vorgänger.

Die Sozialdemokratie stellte diese Jahre lang den Genossen Tatarow, später den Gen. Dr. Krans als Wahlbewerber im ersten Kreise auf. Sie hatte es 1871 auf ganze 97 Stimmen, 1874 auf 391, 1877 auf 1173 Stimmen gebracht. 1893 kam sie zum erstenmal mit 4069 Stimmen in die Stichwahl, und seitdem hat sich der Freisinn regelmäßig seinen alten Besitz erst in der engeren Wahl erkämpfen müssen. So war es auch 1912, wo der Kampf für die Fortschrittler recht gefährlich wurde. Damals hatten erhalten: Kaempfs (Z. Pp.) 4657 Stimmen, Düwcl (Soz.) 4408, Gädle (Dem. Z.) 1396, ferner ein Konservativer 972 und ein Zentrumsmann 160 Stimmen. Kaempfs siegte über Düwcl mit 5588 gegen 5379, also neun Stimmen Mehrheit. Der knappe Wahlsieg wurde von der Sozialdemokratie mit so stichhaltigen Gründen angefochten, daß Kaempfs sich veranlaßt sah, sein Mandat niederzulegen und sich zur Neuwahl zu stellen. Diese ergab nun, namentlich durch den Ausfall der demokratischen Kandidatur, ein ganz anderes, den Fortschrittler günstigeres Bild. Kaempfs erhielt am 12. November 1912 4888 Stimmen, Düwcl 3840, der konservative 387, der Zentrumsmann 174 Stimmen. Kaempfs war somit diesmal sogar ohne Stichwahl gleich im ersten Gang gewählt!

Die Geschichte des Kreises beweist, daß er nur unter ganz außerordentlich günstigen Umständen der Sozialdemokratie Aussicht auf Erfolg bietet. Wenn übrigens der dem Reichstag vorliegende Proporzentswurf Gesetz wird, dann wird die bevorstehende Erziehung die letzte ihrer Art sein, und Berlin I, der Schauplatz geschichtlicher denkwürdiger Wahlen, wird in seiner Besonderheit aufgehört haben zu existieren.

Kapitel Wohnungselend.

Ein Prozeß in Kiel.

Das Schöffengericht in Kiel hat den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, den Genossen Hermann Brecon, wegen angeblicher Beleidigung eines Gutsbesizers zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Die „Schleswig-Holst. Volksz.“ hatte im Februar d. J. einen Artikel veröffentlicht, in dem die Herausgabe eines Arbeiters

und seiner Familie aus einer Wohnung der „Armenkate“ des Gutes Schiedeborn durch den Gutsbesitzer Giedde kritisiert wurde. Ein in der Torpedoverfahrt der Marine in Friedrichsort arbeitender, in Heikendorf wohnender Torpedoschlosser war wohnungslos geworden und zog, weil er bei der in Kiel und Umgebung herrschenden krasse Wohnungsnot keine Unterkunft finden konnte, in die Armenkate des bei Heikendorf liegenden Gutes. Nachdem er ein Vierteljahr dort gewohnt, erhielt er vom Gutsbesitzer die Aufforderung, die Wohnung zu räumen, weil er ohne seine Zustimmung in die Wohnung gezogen sei. Da der Arbeiter trotz aller Bemühungen keine Wohnung finden konnte, blieb er wohnen. Eines Tages nach der Aufforderung, die Wohnung zu räumen, erschien der Gutsbesitzer mit dem Inspektor, dem Vorarbeiter, einem Arbeiter und zwei Kriegsgefangenen Russen. Die Familie wurde aus der Wohnung herausgeführt. Die Kriegsgefangenen Russen mußten die Sachen hinaustragen, die dauerten so lange in Wind und Wetter stehen mußten, bis es gelang, sie in einem Saal unterzubringen. In der Kritik dieser Handlungsweise war die Frage aufgeworfen worden, was wohl die Kriegsgefangenen Russen daraus für ein Bild von den Zuständen in Deutschland bekommen hätten. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Ist das die Maxime der Vaterlandspartei?“ (Der Hagende Gutsbesitzer ist nämlich stammer Anhänger der Vaterlandspartei.) Der Gutsbesitzer klagte wegen Beleidigung.

Vor Gericht sagte der Gutsbesitzer aus, daß er die Erlaubnis zum Bezügen der Wohnung nicht erteilt habe; während der Arbeiter Katzen anführte, die zum mindesten dafür sprachen, daß er in gutem Glauben gewesen sei, der Gutsbesitzer habe ihm die Erlaubnis erteilt. Auch der Inspektor, daß die Aufforderung, die Wohnung zu räumen, erst erfolgte, nachdem der Arbeiter schon ein Vierteljahr darin gewohnt hatte, spricht gegen den Gutsbesitzer, der überdies wußte, daß der von ihm herausgeführte Arbeiter den Befehlsgesetz bereits in der Tasche hatte!

Aufrechterhaltung der Anwartschaft von Lebens- und Krankenversicherungen.

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 1917 eine Verordnung über die Wiederherstellung von solchen Lebens- und Krankenversicherungen erlassen, bei denen die Rechte aus der Versicherung während des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt sind. Die Wiederherstellung erfolgt auf Antrag des Versicherungsnehmers. Die Voraussetzungen und der Umfang der Wiederherstellung werden festgelegt durch „allgemeine Bestimmungen“, die vom Vorstand jeder einzelnen Gesellschaft aufzustellen und der Aufsichtbehörde zur Genehmigung vorzulegen sind.

Das Kaiserliche Ausschussamt für Privatversicherung ist alsbald nach Erlass der Verordnung mit den seiner Aufsicht unterstehenden größeren Lebens- und Krankenversicherungsunternehmen in Verhandlungen getreten. Es hat sich dabei herausgestellt, daß bei der Schwierigkeit der zu regelnden rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen die Zustimmung und Genehmigung allgemeiner Bestimmungen für die der Reichsaufsicht unterstellten Unternehmen nicht innerhalb kurzer Frist durchzuführen werden kann. Die Frist, innerhalb deren die Wiederherstellung vom Versicherungsnehmer beantragt werden muß, läuft allerdings erst sechs Monate nach Beendigung des Krieges ab, auch ist in der Verordnung dafür gesorgt, daß die Versicherungsnehmer schon jetzt ihre Rechte wahrnehmen können. Der § 4 Abs. 2 bestimmt nämlich, daß das Recht auf Wiederherstellung unberührt bleibt, wenn der Versicherungsfall nach der Abfindung des Antrags eingetreten ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Vorschrift auch für solche Anträge Geltung hat, die bereits vor der Beendigung der allgemeinen Bestimmungen gestellt worden sind. Hiernach ist jedem Versicherungsnehmer, auf dessen Versicherung die Verordnung Anwendung findet, bereits die Möglichkeit gegeben, sich die ihm durch diese Verordnung gebotenen Vorteile zu sichern, gleichgültig, ob seiner Versicherungsgeellschaft bereits die allgemeinen Bestimmungen genehmigt sind oder nicht. Es ist hiernach nur notwendig, unmittelbar beim Vorstand (Direktion) der Gesellschaft (nicht bei Generalagenten, Agenten oder sonstigen Geschäftsstellen) schriftlich, zweckmäßig durch eingeschriebenen Brief, zu beantragen, daß die Versicherung wieder hergestellt wird. Allen Beteiligten ist daher zu empfehlen, diesen Antrag alsbald bei ihrer Gesellschaft einzureichen. Die sachliche Erledigung des Antrages, also die Wiederherstellung selbst, kann allerdings erst nach Genehmigung der allgemeinen Bestimmungen stattfinden.

Bayerisches Verfassungsfest. In ganz Bayern wurde gestern der hundertjährige Gedenktag der Einführung einer Verfassung feierlich begangen.

Sozialdemokratischer Stadtratwahltag. Am Freitag fand in Kiel die Wahl eines unbefristeten Stadtrats statt, weil die Amtsdauer eines bürgerlichen Stadtrats abgelaufen war. Gewählt wurde der sozialdemokratische Kandidat Genosse W. Brecon mit 2733 Stimmen. Der bürgerliche Kandidat erhielt 794 Stimmen.

Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie. Der Kommission, die den Entwurf des Aktionsprogramms ausgearbeitet hat, gehörte auch der Genosse Sandermann, Dresden an. Durch ein Versehen ist sein Name bei der Veröffentlichung des Programms nicht genannt worden.

Letzte Nachrichten.

Renaudel fordert einen Weg aus dem Kriege.

Bern, 25. Mai. Renaudel schreibt in der „Humanität“, daß alle Welt das Bedürfnis empfinde, über die Friedensbedingungen klar zu werden. Die ganze Welt suche einen Weg aus dem Kriege. Es sei erstaunlich, daß gerade in einem solchen Augenblick von gewissen Zeitungen u. a. der „Temps“ ein heftiger Feldzug für das linke Rheinufer begonnen werde. Dieser Standpunkt sei mit dem von der Entente vertretenen Forderungen auf Selbstbestimmungsrecht der Völker und Freiheit aller Völker unvereinbar.

Die Festung Iwo und die Finnen.

Woskau, 26. Mai. (Petersburger Telegraphenagentur.) Die Sowjetregierung hat folgenden Junispruch nach Berlin ergehen lassen: Heute, am 16. Mai, hat Graf Mirbach uns mitgeteilt, daß nach der der deutschen Regierung eingegangenen Nachrichten am 11. Mai Batterien der Festung Iwo auf finnische Truppen gefeuert hätten, und daß in Widerspruch mit dem Vresler Friedensvertrage ein russischer Kreuzer bei der Festung Iwo nach sorgfältigen Erlaubigungen haben die Batterien der Festung Iwo nicht gefeuert; möglich ist es, daß Sprengungen in der Festung für Geschützfabrikation angenommen worden sind. Der Kommandant der Festung hat unter dem Druck eines Ultimatum der Weissen Garde auf Übergabe der Festung seinen anderen Ausweg gewählt, als den Befehl, den Schiffsbord zu sprengen. Der Kreuzer Iwo lag nur zu dem Zwecke vor der Festung, ihre Besatzung im Falle der Übergabe aufzunehmen.

Groß-Berlin

Die unnatürliche Tochter

oder

Die noch nicht völlig durchgeschnittene Nabelschnur.

In der „Leipziger Volkszeitung“ klagt Clara Zeitin, die Nabelschnur, welche die Unabhängige Sozialdemokratie mit der alten Partei verbinde, sei noch nicht völlig zerschnitten.

Eine seltsame Geschichte haben wir von Clara, der weisen Frau, vernommen:

Die deutsche Sozialdemokratie ist mit einem Baby niedergekommen, welches „die unbändige Sozialdemokratie“ benannt ist und durch liebenswürdige Manieren in Stadt und Land bereits bekannt ist.

Doch dieses Baby — wie faß' ich dich, erhabene Natur? — hängt an einer noch nicht völlig durchgeschnittenen Nabelschnur.

Wahr wird hier, was von Ei und Henne ward gefabelt: Das Kind kimpft schon auf die Mutter und ist noch nicht mal richtig abgenabelt.

Orje.

Zwangstraffung auf der Straßenbahn.

Sind Sie schon einmal zwangsweise auf der Straßenbahn getraut worden? — Lachen Sie nicht: seitdem es die verräuchten Einmarl-Fahrscheine gibt, droht jedem abnungslosen Bürger das entsetzliche Schicksal, das mich vergangenen Sonntag auf der Großen Berliner überfallen hat. Hören und urteilen Sie: Eben habe ich mich zu fünfzehn Minuten als sechzehnter auf die Vorderplattform des Wagens Nr. 6888 der Linie 199 gedrängt und freute mich des sauer erworbenen Platzes zwischen zwei feldmarschmäßigen Urlaubern und einer umfangreichen Frau mit Kiepe, da Kopf die bekannte Fange gegen die Glasscheibe:

Stolz reiche ich meinen wenig benutzten Fahrschein durch die Luke mit dem Sicherheitsgefühl des Mannes, der schon im voraus bezahlt hat. Die Schaffnerin knipst, knipst noch einmal...

„Fräulein,“ schreie ich, „Sie haben ja zweimal geknipst!“ „Na ja,“ tönt es zurück, „für Sie und Ihre Frau.“ „Frau? Daß ich verheiratet bin, ist nicht zu leugnen. Aber eben so sicher ist, daß ich meiner besseren Hälfte erst vor zehn Minuten den Abschiedskuß auf die Lippen gedrückt habe. Sollte sie heimlich hinter mir her...“

„Was heißt das, Frau?“ stammele ich ungläubig. Weiterlich-beleidigt kommt die Antwort: „Ihre Frau hat ausdrücklich gesagt, daß Sie für sie mitbezahlen.“

„Aber zum Teufel, ich hab' doch hier gar keine Frau!“ Ein paar Wackische prusten vor Lachen. Die Urlaubers Hiden auf meine Hand, an der der wohlgeputzte goldene Reif blüht, und schneiden vielsagende Grimassen. Die Schaffnerin aber lächelt: „Sie wollen mir wohl veralbern?“, schmeißt die Klappe zu wie bei Goethe Woy von Verlichungen das berühmte Fenster und verschwindet im Wageninnern.

Ich aber stehe da. Mein schöner Marksfahrschein, der eben erst auf „dritte Fahrt“ stand, ist jetzt bis „fünfte Fahrt“ entwertet. Das ist sicher. Soll ich nochmals protestieren? Aber dann gelte ich hier allgemein als Hochapler, der nicht mal für seine Frau Fahrgeld hat. Uebrigens kann ja die Schaffnerin das Loch in der „fünften Fahrt“ doch nicht wieder aufstücken. Ein alterbärmtes Rediznlied fällt mir ein, das am Schluß jeder Strapaze bekräftigt, daß Reparaturen nicht repariert werden können. Also sage ich mich in mein Schicksal.

Das heißt, eigentümlich ist es doch. Vor fünf Minuten war ich ein unbescholtener Mensch (2351 unentdeckte Verstöße gegen Ernährungsverordnungen abgerechnet), jetzt bin ich plötzlich Straßenbahuhigamist geworden, ein moderner Graf von Gleichen. Eine resolute Schaffnerin hat mich mittels einer Knipszange in Sekundenfrist unter ein zweites Ehejoch gebracht. Das ging ja noch sger als weiland meine Kriegstraffung!

Wie übrigens meine neue Gattin aussehen mag? Von Zeit zu Zeit werfe ich verstohlene Blicke ins Wageninnere. Die autgetallete Alte — puß, ausgeschlossen. Oder die magerere Jungfer —, ich bitte sehr, außerdem dreht sie ständig ihren eigenen Fahrschein zwischen den dünnen Fingern. Aber dort in der Ecke, das muß sie unbedingt sein. Sie ist wirklich ganz charmant, ein Wackchenlächeln und entzückend kleine Hüfte. Jetzt erwidert sie meinen Blick, kein Zweifel, solche Augen kann mir nur meine zweite Frau machen.

An der nächsten Haltestelle steigt sie ab. Ich wie Wirbelwind hinterher.

„Verzeihung, Fräulein, sind Sie vielleicht meine straßenbahn-amlich angetraute Frau?“

„Alter Keff!“ Damit läßt sie mich stehen.

Nun frage ich Sie, geschätzter Leser: Wie komme ich zu meiner zweiten rechtmäßigen Frau; falls aber nicht — wer ersetzt mir die 12 1/2 Pfennig straßenbahn-amliche Standaamsgebühren? Eritz Raudi.

Groß-Berliner Verkehrs-Probleme.

In seinem Sachauslaß für Städtebau, Wohnungswesen, Realcredit und Verkehr nahm der Vürgerausschuß Groß-Berlin die erste Leistung der Verichte seiner Referenten über die Fragen Realcredit und Verkehr entgegen. Ueber die Frage des Verkehrs erstattete Professor Wiese Bericht. Bei der außerordentlichen Bedeutung der Staatsbahnanlagen für die Verkehrs- und Siedlungsfragen ist Groß-Berlin wurde es als unbedingt erforderlich bezeichnet, daß die Kommunalbehörde von Groß-Berlin bei jeder Neuanlage und Umgestaltung von Staatsbahn-Anlagen gehört werde. Die Ausschließung von neuem Siedlungsland könne aus wirtschaftlichen Gründen nur mit Hilfe der Staatsbahnverwaltung erfolgen. Soweit deren Interessen keine weiteren Opfer rechtfertigten, müßte der Groß-Berliner Kommunalverband eintreten. Die seit der Städtebauausstellung immer wieder erörterten Pläne der Verbindung der Fernbahnhöfe wurde besprochen. Hierbei zog Professor Petersen interessante Vergleiche mit dem Ergebnis des Wettbewerbes für die Stadterweiterung von Zürich aus jüngster Zeit. Die Erörterung erstreckte sich ferner auf das Verhältnis der Gesamtgemeindevverwaltung zu den Kommunal- und Kreisbahnen der Einzelgemeinden und auf die Regelung des Verhältnisses zum Verkehr mit Pferde- und Auto-omnibussen.

Anleihezeichnung in der Hilfsschule.

Inseren in Nr. 123 veröffentlichte Mitteilung, daß in einer Hilfschule Charlottenburgs infolge der Werbungen für die 8. Kriegsanleihe ein schwachbetagtes Kind ohne Wissen der Mutter sich an der Anleihezeichnung beteiligte und dem Lehrer einen der Mutter entwendeten Geldebetrag ablieferte, wird jetzt von der „Pädagogischen Zeitung“ wiedergegeben. Daß die An-

